

Hindernisse für Frieden und Entwicklung

Mit einem feierlichen Festakt hat Osttimor am 20. Mai den 10. Jahrestag seiner Unabhängigkeit begangen. Viele ausländische Staatsgäste waren angereist und beglückwünschten den jungen Staat zu seiner Entwicklung. Osttimor hatte keinen einfachen Start gehabt: Milizen und indonesisches Militär hinterließen es 1999 verwüstet, die schleppende Entwicklung nährte Frustration und führte zu sozialen Konflikten, vor allem Machtkämpfe innerhalb der politischen Elite mündeten wiederholt in Gewaltausbrüchen, die das Land erschütterten. Die politische Krise 2006 – 2008 brachte Osttimor gar an den Rand des Zusammenbruchs.



João Boavida

Foto: Maria Tschanz

Seither konnte die Regierung einige der drängenden Probleme im Rahmen dieser schweren Krise beheben, wie z.B. die Rückführung der Menschen aus den Flüchtlingslagern in ihre jeweiligen Stadtviertel in Dili. Die Gebergemeinschaft, darunter auch Deutschland, reagierte entsprechend und unterstützt nun zahlreiche Programme zu Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung. Vielfach sind die Maßnahmen auf eine bestimmte Gruppe oder auf ein bestimmtes Problem (z.B. Mitglie-

der von Gangs und Kampfsportgruppen, die durch fehlende soziale Einbindung eine hohe Gewaltbereitschaft zeigen oder auch junge Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind) ausgerichtet. Auch gab es zahlreiche Dialogveranstaltungen, die aber häufig nicht die gewünschte Wirkung zeigten, da sie auf kurzfristige, schnelle Lösungen ausgerichtet waren. Die Ursachen für die Konflikte blieben verdeckt und die getroffenen Vereinbarungen gingen vielfach über Absichtserklärungen nicht hinaus.

Die Fragilität des Staates und der Gesellschaft ist in etlichen Studien beleuchtet worden, in den allermeisten Fällen verfasst von Nicht-Osttimoresen. Die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen (UNTAET), unter der das Land von Oktober 1999 bis zur Unabhängigkeit 2002 stand, habe ihr Mandat im wesentlichen erfüllt, aber das sei nicht genug gewesen, um Bedingungen für dauerhafte Stabilität zu schaffen, schlussfolgert z.B. Sue Ingram in ihrem jüngst erschienenen Artikel »*Building the Wrong Peace*«. UNTAET habe bei diversen Maßnahmen und Entscheidungen die Konsequenzen, die diese auf die innenpolitischen Verhältnisse haben, nicht beachtet. Statt inklusive politische Verhältnisse zu fördern, träten Gewinner und Verlierer auf den Plan.

Doch wie lässt sich auf breiter, gesellschaftlicher Ebene ein dauerhafter, ein »richtiger« Friede fördern? Dieser Aufgabe widmet sich das 2007 eigens zu diesem Zweck gegründete osttimoresische *Center of Studies for Peace and Development*, CEPAD, in Dili. Gemeinsam mit der in Genf ansässigen Organisation *Interpeace* hat CEPAD ein Programm entwickelt, das es ermöglicht, landesweit die Bevölkerung einzubeziehen. Es ist vom Ansatz her inklusiv und politisch ungebunden. Für seine Arbeit wurde CEPAD im Dezember 2011 mit dem *Sergio Vieira de Mello-Menschenrechtspreis* von Osttimor ausgezeichnet.

João Boavida, Direktor von CEPAD, erläuterte Monika Schlicher bei ihrem Besuch in Osttimor 2010 die Arbeit der Einrichtung. Im Mai dieses Jahres kam João Boavida zu Gesprächen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem *Bischöflichen Hilfswerk Misereor*, der *Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung* (FriEnt) und *Watch Indonesia!* nach Deutschland. Gelegenheit, zum Fortgang der Arbeit nachzufragen.

Herr Boavida, Osttimor feiert dieser Tage sein 10-jähriges Jubiläum als unabhängiger Staat. Ein gravierender Einschnitt war die Krise 2006 – 2008. Heute sieht die Mission der Vereinten Nationen (VN) ihrem Ende entgegen und auch die International Stabilisation Forces sollen abgezogen werden. Das Land wird gemeinhin als auf dem richtigen Weg gesehen. Wo steht Osttimor heute im Vergleich zu 2008, was ist erreicht worden?

Dialog und Friedensförderung stehen zwar nach wie vor auf der Agenda der ausländischen Akteure. Doch die internationale Gemeinschaft einschließlich der Vereinten Nationen (VN) ist sehr geneigt, Osttimor als Erfolgsgeschichte zu sehen. Sie wollen zügig raus aus Osttimor. Gleichzeitig möchte unsere politische Elite das Land selbst regieren. Sie betrachtet die Vereinten Nationen als Protektor. Daher zeigt sie sich selbstbewusst, damit die VN abzieht. Wieder andere möchten, dass die VN geht, damit die Schwäche der jetzigen Regierung deutlich wird. Da wird möglicherweise ein gefährliches Spiel gespielt.

Im Vergleich zu 2008 hat es sehr viele Fortschritte bei der Konsolidierung der demokratischen Institutionen gegeben, das ist positiv anzumerken. Doch leider wurde zu wenig in demokratische Bildung, Konfliktmanagement und die Förderung von Dialog investiert. Die tiefen Gräben innerhalb der politischen Elite wirken weiterhin polarisierend und es fehlt an einer politischen Vision. Ohne eine zielgerichtete politische Linie riskieren die Parteien z.B., dass ein Wahlkampf sich auf ein populistisches Schauspiel reduziert, basierend auf historischen, familiären und politischen Allianzen. Politische Einflussnahme und Macht leiten sich sehr stark aus der Rolle im Widerstand ab. Die politische Führung beachtet die Gewaltenteilung nicht. Die Einmischung in die Justiz, politische Straflosigkeit und das Fehlen von Gerechtigkeit für die Opfer führen dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger kein Vertrauen in Recht und Gesetz entwickeln.

Sie sehen, für unseren jungen Staat bleibt noch viel zu tun. Auch die Herausforderung, das Land aus einem Kreislauf von wiederkehrenden politischen und militärischen Krisen heraus zu bringen, ist noch nicht bewältigt. Dennoch, die Bürgerinnen und Bürger haben sich für die Demokratie als politisches System entschieden und wir haben das Fundament dazu gelegt, wie auch

der friedliche Machtwechsel bei der jüngsten Präsidentschaftswahl beweist. Das ist durchaus eine Errungenschaft. Wir dürfen nicht ausschließlich auf die negativen Entwicklungen und Versäumnisse schauen, sonst können wir keine Vorstellung einer besseren Zukunft, die auf anhaltendem Frieden und nachhaltiger Entwicklung fußt, entwickeln.

CEPAD hat sich genau dieser Aufgabe verschrieben: den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen und friedliche Konfliktlösungen zu befördern. Wie sieht diese Arbeit aus?

»In einem Land, in dem populistische und revolutionäre Führer regieren, wird über das Gesetz hinweg gesehen. Sie tun, was sie wollen, denn sie sind das Gesetz.« Mitglied der Nationalen Arbeitsgruppe zum Phänomen Machtmissbrauch.

»... früher waren wir geeint und alle haben Opfer gebracht ... und jeder gab, was er konnte, um den Widerstand zu unterstützen, sowohl in den Bergen wie auch in den Städten. Nachdem wir die Unabhängigkeit erlangt haben, haben wir all diese Dinge vergessen.« Mitglied der Nationalen Arbeitsgruppe.

Nun, von 2007 bis 2009 haben wir in allen Distrikten Diskussionsveranstaltungen durchgeführt. Wir haben sehr darauf geachtet, dass die Teilnehmenden unsere Gesellschaft in ihrer ganzen Breite abbildeten. Wir haben einen einfachen, partizipativen

Ansatz gewählt, der einen offenen und konstruktiven Dialog ermöglichte, so dass alle sich einbringen konnten und eine Bindung zwischen den gesellschaftlichen Schichten entstand. Konzentriert haben wir uns auf eine einzige Frage: Was ist das Haupthindernis für die Konsolidierung von Frieden in diesem Distrikt? Und zwar fokussiert auf die Bereiche: Politik und Demokratie, Justiz, Soziales und Wirtschaft. Dann haben wir die in drei Regionalkonferenzen weiter diskutiert und zusammengefasst. Insgesamt haben die Bürgerinnen und Bürger 33 Prioritäten identifiziert. Das ganze mündete dann im August 2009 in Dili in einer nationalen Konsultation mit über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus allen Distrikten und breiter Beteiligung der politischen Führung wie auch der Polizei und der Streitkräfte. Gemeinsam haben sie sich auf vier Prioritäten verständigt, die die Haupthindernisse für Frieden im Land ausmachen:

- Die individuellen und parteipolitischen Interessen stehen über den nationalen Interessen.
- Das formale Justizsystem arbeitet ineffektiv und es herrscht eine Kultur der Straflosigkeit.
- Es besteht ein Bedürfnis nach einem gemeinsamen Diskurs über die Geschichte des Widerstandes und der Okkupation, es gibt bislang keine allgemein akzeptierte Darstellung der Geschichte des Kampfes um die Nation. Das wäre ein Heilungsprozess, um sich mit der Vergangenheit und untereinander versöhnen zu können.

- Korruption, Amtsmissbrauch und Vetternwirtschaft durchdringen alle Aspekte des alltäglichen Lebens und sind Hauptfaktoren für Verbitterung, Instabilität und politische Krisen.

Was unterscheidet CEPAD von anderen Dialogprozessen und Friedensprojekten?

Wir fokussieren uns nicht auf schnelle Lösungen, sondern nehmen den Prozess in den Mittelpunkt, wir befördern die Fähigkeiten sich zusammen zu setzen und sich gegenseitig zuzuhören. Wir beziehen aktiv die Bevölkerung mit ein, sowohl um die Herausforderungen zu identifizieren wie auch um die Lösungen zu entwickeln. Wir bieten dabei nur Hilfestellung. Der ganze Prozess ist in lokaler Hand.

2010, als wir in Dili zusammensaßen, trieb Sie die Sorgen um, dass Osttimor sich wie viele andere Post-Konflikt- und dekolonisierte Staaten weltweit zu einem neopatrimonialistischen Staat, bestimmt von Klientelismus, politischer Patronage und Korruption entwickeln könnte. Und sie äußerten Ihre Sorge, dass diese Entwicklung von Osttimors Partnern in der Entwicklungszusammenarbeit nicht wahrgenommen würde.

Ja, leider hat in unserer demokratischen Kultur das Phänomen »big brother« seinen Weg inzwischen in die Institutionen gefunden. Patron-Klientel-Verhältnisse sind bestimmend geworden, so die Quintessenz unserer Arbeitsgruppe. Das öffnet der Korruption Tür und Tor, die Institutionen werden zum Selbstbedienungsladen. Niemand hat die Macht gegen einen »big brother« vorzugehen, niemand die Courage ihn zu kritisieren. Das unterläuft den demokratischen Prozess. Da wird das Parlament zum Erfüllungsgehilfen der Regierung. Auch die junge Generation enttäuscht bislang. Und da sich die politische Macht gänzlich in der Hauptstadt Dili zentriert, ist es für die Menschen in den Distrikten sehr schwer sich politisch einzubringen und die Regierung zur Rechenschaft zu

ziehen. Wenn wir das Problem der Patron-Klientel Beziehung ernst nehmen, wo besteht dann auf längere Sicht Hoffnung für die Demokratie in Osttimor? Die internationalen Akteure sollten sich hierzu gegenüber der Regierung deutlicher äußern und auch konkrete Maßnahmen nachfragen.

Nachdem die vier Hindernisse für den Frieden identifiziert sind, wie wird dazu weiter gearbeitet?

»Wir haben dabei versagt, den Menschen unseres Landes für die Opfer, die sie kollektiv zur Erlangung der Unabhängigkeit erbracht haben, die nötige Wertschätzung zu geben. ... In der Post-Konflikt-Zeit haben wir unsere ethischen und moralischen Wert einfach vergessen. Hätten wir die kollektiv erbrachten Opfer wertgeschätzt, so würde nationales Interesse für das Gemeinwohl an oberster Stelle stehen.« Vertreter der katholischen Kirche.

Zur Formulierung von Lösungswegen haben wir im letzten Jahr unabhängige nationale Arbeitsgruppen zu »über den nationalen Interessen stehenden individuellen und parteipolitischen Interessen« und zu »Korruption und Vetternwirtschaft« eingerichtet. Die Mitglieder repräsentieren verschiedene politische Parteien, Präsidentenamt und Regierung, die katholische Kirche und die islamische Gemeinde, Jugend- und Frauenorganisationen, Osttimors Streitkräfte

und Polizei, die unabhängige Wahlkommission, Bildungseinrichtungen und die Zivilgesellschaft. Sie haben zahlreiche Interviews geführt und sich in allen Distrikten mit der Bevölkerung beraten. Mittels einer Ursache-Wirkung-Analyse in den Gruppendiskussionen waren die Arbeitsgruppen in der Lage, Empfehlungen und Lösungen zu identifizieren. Diese wurden dann in nationalen Foren vorgestellt, beraten und verankert.

Bei den Ursachen, die es ermöglichen, dass individuelle und Parteiinteressen über das nationale Wohl gestellt werden können, wurde landesweit der Punkt Patronage und politischer Klientelismus, verbunden mit einer Politik der Ausgrenzung als das zentrale Problem erkannt. Eine Minderheit, die politisch gut vernetzt und positioniert ist, sichert so ihre Interessen und stellt sie über die der armen Mehrheit. Im Ergebnis führt dies zu schlechter Regierungsführung, fehlender Transparenz und Rechenschaftspflicht, Instrumentalisierung des Staates und Machtmissbrauch. An Folgen der exklusiven Politik hat die Arbeitsgruppe politischen Egoismus, Arroganz und Opportunismus sowie ein Schwenden der moralischen und ethischen Werte identifiziert.

»Einzelne stellen ihre Interessen über die der Nation, denn sie haben sich doch zuvor nicht träumen lassen, dass sie einmal in einer solchen Machtposition sein würden ... und nun, da sie es sind, wollen sie aus dieser einmaligen Gelegenheit soviel Geld als möglich herausholen und nicht der Nation als Ganzes dienen ...« Generalmajor Lere Anan Timor (heute Brigadegeneral und Oberbefehlshaber der F-FDTL) beim Nationalen Forum.

Was für Empfehlungen hat die Arbeitsgruppe ausgesprochen? Wie kann diesen Entwicklungen entgegen gewirkt werden?

Durch mündige Bürgerinnen und Bürger, die von Regierung und Parlament die Einhaltung von ethischen und moralischen Standards einfordern und sie in die Rechenschaftspflicht nehmen. In landesweiten politischen Bildungs- und Informationskampagnen sollen die Menschen zu demokratischen Prinzipien, ihren Rechten und Pflichten sowie Möglichkeiten der Teilhabe zur Stärkung der Demokratie unterrichtet werden. Und wir brauchen eine zentrale Bildungseinrichtung, eine unabhängige Gesellschaft für Ethik, die sich dieser Aufgabe verschreibt und ein Bindeglied zwischen Bevölkerung und Regierung bildet.

Beide Empfehlungen sind auf dem nationalen Forum ausgiebig diskutiert und einstimmig angenommen worden. Als nächster Schritt erfolgt die Einsetzung einer Arbeitsgruppe (*Group Promoting Change*), die gegenüber den politischen Entscheidungsträgern die Annahme und Umsetzung der Empfehlungen vertritt. CEPAD erhielt das Mandat, die Bildung der Gruppe und ihre Arbeit begleitend zu unterstützen. Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht, jetzt geht es darum, diesen gewichtigen Schritt hin zur Umsetzung zu tun. ♦

Literatur:

Valuing the collective sacrifice of independence in the consolidation of democracy in Timor-Leste, National Working Group Report on the priority issue of «Individual and Party Interests over the National Interest», CEPAD, Interpeace, Dili 2012

Timor-Leste: Voices and Paths to Peace, CEPAD, Interpeace, Dili 2009
<http://www.interpeace.org>

Ingram, Sue: Building the Wrong Peace: Re-viewing the United Nations Transitional Administration in east Timor through a Political Settlement Lens; SSGM Discussion Paper 2012/4, Australian national University, <http://ips.capanu.edu.au/ssmg>

Die Arbeit von CEPAD im Bereich Korruption wird finanziell unterstützt vom Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR.

Winter der Patriarchen

von Pat Walsh

Mit dem Tod von Xavier do Amaral und João Carrascalão haben sich in diesem Jahr die Reihen der 1975er Gründungsgeneration Osttimors weiter gelichtet. Die Tendenz zur Romantisierung des osttimoresischen Freiheitskampfes sollte weder die hässliche Seite dieses Kampfes verleugnen, der beide Männer angehörten, noch sollte ignoriert werden, wie sehr beide an den moralischen Herausforderungen gewachsen sind.

Nach dem Ausscheiden von José Ramos-Horta in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl im März veröffentlichte *The Monthly Magazine* einen Steckbrief des bisherigen Präsidenten mit dem Titel *Autumn of the Patriarch* (Herbst des Patriarchen) von Peter Robb. Doch für einige andere aus Ramos-Hortas politischer Generation von 1975 hatte sich das unerbittliche Rad der Zeit weiter gedreht: im Fall der beiden Patriarchen Francisco Xavier do Amaral und João Viegas Carrascalão drehte es sich bis zu ihrem Winter. Beide Männer starben in diesem Jahr kurz nacheinander – João Carrascalão in Dili am 18. Februar im Alter von 66 Jahren, Xavier do Amaral, Osttimors erster Präsident, in Dili am 6. März im Alter von 74 Jahren. Beide waren Gründungsmitglieder der zwei

größten Parteien, die 1974 ins Leben gerufen worden waren – die ersten Parteien in Osttimors langer Geschichte. João Carrascalão war Mitbegründer der *Demokratischen Timoresischen Union* (UDT) und Xavier do Amaral war Mitbegründer der *Vereinigung der Sozialdemokraten Timors* (ASDT). Sie waren Gegenspieler im Bürgerkrieg von 1975, beide überwarfen sich mit der FRETILIN (*Frente Revolucionária do Timor-Leste Independente; Unabhängigkeitsbewegung, heute als Partei zweitstärkste Kraft im nationalen Parlament, d. Red.*), wurden zu unterschiedlichen Zeiten als Verräter an der nationalen Sache gebrandmarkt und mussten zeitweise im Exil leben. Ihr Streben war dennoch auf Versöhnung gerichtet und beide erlebten Osttimors Befreiung, wirkten mit beim Aufbau des neuen Staates